Niederschrift

über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 08.10.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Vorstellung des Arbeitsbereiches Jugendhilfe im Strafverfahren (Jugendgerichtshilfe)
   Vorlage: 3430/2025

2. Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW
   Vorlage: 3433/2025

3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 für das Jugendamt
   Vorlage: 3431/2025

4. Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

5. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Michael Kappes

Stellvertretende Vorsitzende

2. Frau Judith Jung-Deckers

Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

3. Frau Cornelia Banzet
4. Christian Heinze-Tydecks
5. Frau Katharina Horrichs-Gerads
6. Frau Ursula Rudzki

Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

7. Frau Sybilla Deffur-Schwarz
8. Frau Stefanie Gorné
9. Frau Ingrid Grein
10. Frau Sonja Krumscheid
11. Frau Anke Schiffer

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

12. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
13. Frau Sibilla Maria Gärtner
14. Herr Hermann-Josef Lehnen
15. Frau Nicola Pausin
16. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

von der Verwaltung

17. Herr Michael Goebbels
18. Herr Markus Kaumanns
19. Herr Noah Schlebusch

Entschuldigt:

Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

20. Herr Dirk Kochs

Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

21. Herr Peter Barwinski
22. Frau Gertrud Pacilli
23. Frau Ruth Thelen
24. Herr Andreas Wagner

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

25. Frau Ruth Bürsgens
26. Frau Petra Friedrichs
27. Herr Sebastian Herweg
28. Herr Bernhard Kozikowski
29. Frau Tatjana Neumann
30. Herr Heinz Pütz
31. Frau Sarah Sontopski

Sachkundige Bürgerin

32. Frau Jennifer Ueberwolf

Herr Vorsitzender Kappes eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder, Zuschauer und Pressevertreter. Er stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden war. Für die Sitzung hatten sich Frau Thelen, Herr Kochs, Frau Bürsgens, Herr Wagner, Frau Wallraven, Herr Kozikowski, Herr Barwinski und Herr Pütz entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Bedenken gegen die Niederschrift der letzten Sitzung seien bislang nicht geäußert worden. Auf weitere Nachfrage meldete sich keines der Ausschussmitglieder.

Die Fraktion SPD beantragte, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass der Tagesordnungspunkt „Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 für das Jugendamt“ zuletzt behandelt und die Anregung gemäß der Gemeindeordnung entsprechend vorgezogen werde. Diesen Antrag stellte der Vorsitzende zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Vorstellung des Arbeitsbereiches Jugendhilfe im Strafverfahren (Jugendgerichtshilfe)

3430/2025

Herr Kaumanns, Mitarbeiter des Sachgebiets Jugendhilfe im Strafverfahren (Jugendgerichtshilfe), stellte die beigefügte Präsentation vor.

Auf Nachfrage der SPD teilte er mit, dass er mindestens einmal pro Woche bei Gericht sei. Bei Schöffengerichtssachen werden auch mehrere Tage angesetzt.

TOP 2 Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW

3433/2025

Die Verwaltung legte dar, dass die Fortschreibung der bisherigen Beträge in der vergangenen Sitzung beschlossen worden sei, wogegen sich nunmehr die Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung NRW (GO) richte. Entsprechend der Hauptsatzung sei diese zunächst dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt worden, welcher diese im Anschluss an den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet habe. Die Verwaltung wies darauf hin, dass der Ausschuss bereits hierüber beraten und entschieden habe. Im Rahmen der jährlich durch das Land NRW bekannt gegebenen Fortschreibungsrate sei im kommenden Jahr sogar ein negativer Betrag zu erwarten; in Geilenkirchen wolle man jedoch an den bisherigen Beträgen festhalten.

Die SPD verwies auf insgesamt gestiegene Kosten und befürchte einen langfristigen Verlust an Tagespflege. Andere Jugendämter würden diese zwecks Sicherstellung der Randzeitenbetreuung erhalten. Daher spreche man sich für eine Erhöhung der Sätze aus.

Seitens der Bürgerliste wurde sich ebenfalls für eine Erhöhung der Sätze ausgesprochen, um die Tagespflege langfristig erhalten zu können und in diesem Zuge insbesondere die Randzeitenbetreuung sicherzustellen. Auf Nachfrage bestätigte die Verwaltung, dass man nicht rechtlich an eine Erhöhung gebunden sei.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regte an, dass Tagespflegepersonen zwecks Sicherstellung der Randzeitenbetreuung die Räumlichkeiten der Kitas nutzen könnten. Hierauf teilte die Verwaltung mit, dass dieses System in der Vergangenheit getestet worden sei, jedoch das langfristige Interesse der Eltern nicht bestanden hätte. Entsprechende Bedarfe würden im Rahmen von verringerten Arbeitszeiten durch die Familien gedeckt.

Der Vorsitzende bat um Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung NRW, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.06.2025 hinsichtlich der Anpassung für Kindertagespflegepersonen aufzuheben und neu zu beschließen, wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	2
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 3 Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 für das Jugendamt

3431/2025

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich nach der Ausgestaltung der angedachten Poollösungen. Angedacht sei, dass ein Integrationshelfer mehrere Kinder in einer Schule betreue, teilte die Verwaltung mit. Es werde das langfristige Ziel einer Verringerung der Integrationshelfer bei gleichbleibender Bedarfsdeckung verfolgt. Hierauf haben diverse Faktoren Einfluss, u. a. die Träger und die unterschiedlichen Jugendämter. Mit einer Förderschule haben man diesbezüglich Fortschritte erzielen können, jedoch sei die Errichtung schlussendlich am Schulträger gescheitert. Unabhängig davon sei grundsätzlich das Einverständnis der Eltern erforderlich; sofern diese eine Einzelfallhilfe fordern, müsse dem entsprochen werden.

Die Vertretung der Caritas wies darauf hin, dass es an der Peter-Jordan-Schule bereits Poollösungen gebe. Die Verwaltung bestätigte, dass ein Austausch mit dem Jugendamt Hückelhoven stattfinde, verwies jedoch auf die dargelegte Problematik.

Ergänzend teilte die Vertretung der Schulen mit, dass Poollösungen in der Städteregion Aachen ebenfalls praktiziert würden und die Beteiligten hiermit zufrieden seien.

Die SPD teilte mit, dass man sich aufgrund der Entscheidung hinsichtlich des Tagesordnungspunkts 2 bei der kommenden Abstimmung enthalten werde.

Der Vorsitzende bat um Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze in den Gesamthaushalt der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2026 einzustellen und zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	1

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4 Anfragen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, dass sich des Öfteren alkoholisierte Kioskkunden vor dem Rathaus aufhielten. Da sich in diesen Gruppen auch Kinder befänden, erkundige man sich nach präventiven Möglichkeiten. Die Verwaltung teilte mit, dass sich das Jugendamt nach dem bekannten Schema um diese Fälle kümmere und auch der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) entsprechende Informationen an den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) weiterleite. Häufig handele es sich um dem Jugendamt bereits bekannte Familien; entscheidend sei jedoch die Frage einer akuten Kindeswohlgefährdung.

Hierauf erkundigte sich die SPD nach der Einrichtung eines neuen Jugendtreffs. Die Verwaltung gab an, dass man zunächst eine konkrete Lokalität gefunden habe, sich jedoch die Kosten zur Herstellung der Barrierefreiheit als unverhältnismäßig hoch dargestellt hätten. Man verwies jedoch auf die bestehenden Jugendhilfeeinrichtungen im Stadtkern und auf die mobile Jugendarbeit für die Randbezirke. Der Vorsitzende regte an, in der übernächsten Sitzung die Kleine Offene Tür („Zille“) vor Beginn zu besichtigen.

Auf weitere Nachfrage der SPD teilte die Verwaltung mit, dass langfristig kein Interesse der Schulen an der Errichtung eines Jugendparlaments bestanden habe.

Daneben gab die Verwaltung bekannt, dass die Begrüßungspakte voraussichtlich ab Januar an die Familien ausgeteilt werden könnten; hierüber werde noch ein Bericht folgen. Der bereits bestehende Arbeitskreis werde nach der konstituierenden Sitzung des neuen Jugendhilfeausschusses im März tagen. Abschließend wurde auf die derzeit laufende Jugendbefragung hingewiesen.

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP 5 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Herr Vorsitzender Kappes bedankte sich bei allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit in der abgelaufenen Legislaturperiode und beendete um 19:20 Uhr die Sitzung.

Gez. Kappes
Vorsitzender

Gez. Schlebusch
Schriftführer